

A3 Selbstverpflichtung zur vollumfänglichen Prüfung der Initiative "Sicherheit neu denken" und ihrer Unterorganisationen vor einer etwaigen Aufnahme intensiver Beziehungen

Antragsteller*in: Fabian Eßer (Kirchenkreis Krefeld-Viersen)

Tagesordnungspunkt: 5.2.3. (ggf.) Selbstverpflichtung zur vollumfänglichen Prüfung der Initiative Sicherheit neu denken

Status: Modifiziert

Antragstext

- 1 Die Delegiertenkonferenz der Evangelischen Jugend im Rheinland möge beschließen:
- 2 Die Evangelische Jugend im Rheinland führt zur Weiterentwicklung und
- 3 Präzisierung ihres Beschlusses vom 12.03.23 ((2 „Krieg soll nach Gottes Willen
- 4 nicht sein!“ Zur Friedensarbeit der EJiR anlässlich des Krieges in der Ukraine)
- 5 im Frühjahr/Sommer 2024 verbandsöffentliche online-Gesprächsrunden mit der
- 6 Initiative „Sicherheit neu Denken“ und dem Jugendprojekt „Peace4future“ durch.
- 7 Ziel ist es, Art, Intensität und Umfang einer möglichen Zusammenarbeit
- 8 auszuloten. Die DK bittet den Ausschuss IÖNJA diese Gesprächsrunden zu
- 9 organisieren und im Anschluss der Ev. Jugend und der Delegiertenkonferenz
- 10 entsprechende Empfehlungen vorlegen.

Begründung

Anmerkung: Sämtliche Hervorhebungen stammen vom Antragsteller.

Hintergrund des Antrags:

Die Diskussion rund um die Initiative „Sicherheit neu Denken“ geht auf einen Antrag des Ausschusses Glauben und Leben, des Ausschuss für internationale, ökumenische und auf Nachhaltigkeit bezogenen Jugendarbeit und der AG Friedensbildung der EJiR zurück. Dieser wiederum findet seinen Ursprung in der Frühjahrs-Delegiertenkonferenz 2022, wo die Vorbenannten damit beauftragt wurden, „sich mit den Fragestellungen zu beschäftigen, die sich aus dem Krieg in der Ukraine für die Friedensarbeit der EJiR ergeben, und eine Vorlage für die Delegiertenkonferenz zu erstellen“ (vgl. Begründung des vorbenannten Antrags).

Tatsächlich war dieser Antrag seinerseits umstritten, wurde jedoch letztendlich nach langen Diskussionen über den Wortlaut mit 39 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen am 12.03.2023 beschlossen (vgl. das entsprechende Protokoll).

Außerdem enthielt der Antrag in seiner Beschlussfassung auf Seite 2, Absatz 2, Punkt 6, Unterpunkt 2 die Feststellung einer „Notwendigkeit uns friedenspolitisch zu engagierten, indem wir uns an Projekten der Abrüstungs- und Friedensbewegung beteiligen, z.B.: [...] Unterstützung der Initiative Sicherheit neu denken“ sowie unter Punkt 5 die Ankündigung "[d]ie Kooperation mit Peace4future (Jugendprojekt der Initiative Sicherheit neu denken) aus[zu]bauen".

Vor diesem Hintergrund wurde eine „Kooperation mit den Initiativen „Sicherheit neu Denken“ und „peace4future““ (vgl. Tagesordnung der nachstehenden DK) auf der zweiten Delegiertenkonferenz des Jahres 2023, genauer am 24.09.2023 beraten. Hierzu war ein Vertreter ersterer Initiative eingeladen, der auf Kritik u.A. erwiderte, man solle die Veröffentlichung eines Dokumentes abwarten, dass Stellung zu vielen vorgebrachten Kritikpunkten nehme. Auf dieses Dokument vom 20.11.2023, namentlich Sicherheits-Strategien neu denken / Gewalt stoppen und überwinden! / In Israel und Palästina. / In der Ukraine. / Global. (Impulspapier Nr. 4) wird im späteren Bezug genommen.

Kritik

I. Einführung

Im Folgenden wird die Kritik an den benannten Initiativen (in erster Linie an der Initiative „Sicherheit neu denken“) gebündelt dargestellt. Dabei sei vorab darauf hingewiesen, dass die von der Initiative vorgebrachten Ansichten durchaus vertretbar sind. Auch wird in keiner Weise die wissenschaftliche Fundiertheit von langfristigen Friedensstrategien, die auf Abrüstung pochen, in Frage gestellt. Allerdings zeichnet sich ab, dass die Initiative nicht in der Lage ist ihre Strategie mit den Herausforderungen der gegenwärtigen Realität – insb. dem Ukraine-Krieg – zu vereinbaren. Dabei werden wesentliche Gegebenheiten der Realität grob verkannt.

II. FAQ

1. Wer soll uns denn schon Angreifen? Russland doch nicht!

Dies zeigt sich bereits in den FAQ (Frequently Asked Questions) der Internetseite der Initiative „Sicherheit neu Denken“ (im Folgenden „die Initiative“ genannt). Angesichts der Forderung nach vollständiger Demilitarisierung entgegnet die Initiative auf den Vorwurf „Bei einem Angriffskrieg von außen sind wir dann wehrlos“:

„In den Führungszirkeln der Bundeswehr erwartet heute niemand mehr, dass Deutschland von außen mit Panzern angegriffen wird (Aussage von [Oberst Rogg](#) bei der Vorstellung des Szenarios „Sicherheit neu denken am 28. April 2018 in Karlsruhe). Wer sollte uns auf diese Weise angreifen? Russland, dessen Rüstungsetat von 59 Mrd. Euro im Jahr 2018 nur ein Viertel so hoch ist wie die Rüstungsetats der europäischen NATO-Mitglieder? Und das sich bei einem Angriff auf NATO-Gebiet Gegnern mit einem insgesamt 15-fachen Wehretat gegenüber sieht? Das ist absolut unrealistisch. Deutschland wäre auch als ziviler NATO-Partner immer noch durch das militärische Abschreckungspotential der anderen NATO-Partner geschützt. [...]“.

Dieses Zitat bezieht sich auf einen etwaigen Angriff auf Deutschland, nicht auf die Ukraine. Dennoch hat es eindeutig einen faden Beigeschmack. Zum vollständigen Kontext sollte auch erwähnt werden, dass Russland seine Militärausgaben bereits erheblich erhöht hat.^[1] Außerdem sind weitere Erhöhungen geplant.¹ Im Jahr 2024 werden die russischen Militärausgaben laut Haushalt rund ein Drittel des gesamten Haushalts betragen, nämlich 109 Milliarden Euro.¹ Angesichts der Tatsache, dass mit amerikanischer Unterstützung im Falle einer Wiederwahl Trumps nicht unbedingt gerechnet werden kann^[2] und der schieren Größe^[3] und erheblichen Schlagkraft der russischen Armee^[4] (welche durchaus mit derer der europäischen NATO Staaten vergleichbar ist) erscheint die Argumentation mit der aktuellen Lebensrealität nicht vereinbar und abwegig. Angesichts des Ukraine-Kriegs, einem offenbar unberechenbaren Putin und einer möglichen Wiederwahl Trumps wirkt es doch nun alles andere als „unrealistisch“, dass Russland seinen Fuß auf NATO-Territorien setzen könnte. Vielmehr muss das Baltikum um seine Existenz und die Menschen dort um ihre hart erkämpften Freiheitsrechte bangen.^[5] Ausgerechnet jetzt mit einer Demilitarisierung zu beginnen ist nicht nur ein falsches Symbol, sondern birgt erhebliche Risiken für das Leben und die Freiheit aller Osteuropäer*innen. Zudem sei darauf hingewiesen, dass – nach persönlicher Wahrnehmung des Antragstellers – noch wenige Monate, Wochen und Tage vor Beginn des Ukraine-Kriegs weniger Personen jenen Angriffskrieg für möglich hielten, als es wünschenswert gewesen wäre.^[6] Stichhaltige Hinweise auf Missverhältnisse bei der medialen Darstellung Russlands^[7], die jahrelang eine russlandfreundliche und die Gefahr verkennende Stimmung begünstigt haben dürften, sind nicht von der Hand zu weisen. Nicht noch einmal sollte der Westen – wie bei der Ukraine – dem Irrtum unterliegen, ein Angriff sei vollkommen ausgeschlossen – ein Irrtum, dem die Initiative zu folgen scheint. Unser Militär schützt nicht nur Deutschland, nicht einmal nur die NATO. Im Moment schützt unser Militär auch die Ukraine.

2. Abschreckung ja, aber bitte nur die anderen

Auf den Vorwurf „wir überlassen unseren NATO-PartnerInnen bei einer rein zivilen Sicherheitspolitik die „Drecksarbeit“, also die gefährliche militärische Verteidigung“ antwortet die Initiative:

„Die Ausbildung und Tätigkeit ziviler Friedensfachkräfte ist ebenso anspruchsvoll, aufwendig und (lebens-) gefährlich[...] wie militärische Sicherheitspolitik. Zudem bedingt die Umstellung auf zivile Sicherheitspolitik eine Änderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise – eine Kraftanstrengung für wirkliche gemeinsame Sicherheit, die viel unbequemer ist als die Verteidigung unserer überzogenen Wirtschaftsweise mit Gewalt.“

An dieser Stelle sollte ein Satz aus dem vorherigen Zitat beachtet werden: „Deutschland wäre auch als ziviler NATO-Partner immer noch durch das militärische Abschreckungspotential der anderen NATO-Partner geschützt.“

Auf der einen Seite argumentiert die Initiative also gegen die Behauptung, Deutschland dürfe und würde sich mit ziviler Friedenspolitik nicht darauf ausruhen, dass die anderen die Drecksarbeit machten. Auf der anderen Seite schreibt sie aber, dass sich Deutschland aufgrund der Abschreckungswirkung der anderen NATO-Mitgliedsstaaten keine Gedanken machen brauche. Tatsächlich würde Deutschland aber dann nichts anderes tun – nämlich sich darauf ausruhen, dass die anderen die Drecksarbeit machen. Nur weil zivile Sicherheitspolitik auch gefährlich sein mag, heißt das nicht, dass wir uns auf der Abschreckung der anderen ausruhen sollten. Die Initiative vermag es hier gerade nicht Anspruch (nämlich Abrüstung) und Realität (den Bedarf militärischer Abschreckung) zusammen zu bringen. Weiter bleibt auch bestehen, dass das Abschreckungspotential unter der Unzuverlässigkeit der USA erheblich leidet.² Insoweit geht die Argumentation der Initiative im Kontext der aktuellen Realität ins Leere.

Krieg ist moralisch immer falsch. Das heißt aber nicht, dass er nicht stattfindet. Russland führt keinen Krieg in der Ukraine, weil es Angst vor einem Angriff des „bösen Westens“ haben musste. Die Historie zu beleuchten ist aus analytischer Sicht mit Sicherheit ein sinnvoller Ansatz. Eine konkrete Bedrohungslage ergab sich daraus für Russland aber nie.^[8] Auch andere vorgeschobene Argumente, wie die Entnazifizierung, greifen nicht durch.¹ Russland greift die Ukraine aus einem Großmachtwahn an, aus dem Wunsch nach einem großrussischen Reich nach Vorbild der UdSSR heraus. Und genau damit begründet Putin seinen Krieg, mit einem historischen Anspruch^[9]. Ob dieser vermeintliche Anspruch wohl einfach so verpufft, wenn man ganz lieb „bitte bitte, lieber Putin“ sagt? Solch eine Ansicht grenzt an Realitätsverweigerung. Gerade in solchen Zeiten ist hoch gefährlich den deutschen Betrag zum Abschreckungspotential der NATO zu kritisieren, während man sich gleichzeitig eingesteht, dass es ohne Abschreckung der NATO wohl nicht geht. Es sei darauf hingewiesen, dass sich solche Aussagen nicht ausdrücklich aus den Dokumenten der Initiative ergeben, aber bei konsequentem weiterdenken unausweichlich dazu führen. Es scheint lediglich der Mut zu fehlen, dass so klar auszusprechen.

III. Impulspapier Nr. 2

1. Einführung

In einem Dokument, das ausschließlich den Ukraine-Krieg thematisiert, vom 18.03.2022, namentlich „Für eine entschlossene und besonnen Reaktion auf Putins Krieg/ Impulse für zivile Lösungswege / Sicherheit neu denken – gerade jetzt! (Impulspapier Nr. 2) beschäftigt sich die Initiative auf den Seiten 30 bis 33 mit dem Sondervermögen i.H.v. 100 Milliarden EURO sowie dem 2%-Ziel der Bundesregierung. Sie schreibt:

2. Eigene Verhandlungsposition stärken, Ukraine sterben lassen

„Mit dem Begriff der »Zeitenwende« wird seit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag am 27. Februar 2022 eine umfassende Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik begründet. Vom großen „Paradigmenwechsel“ ist die Rede. Vielen erscheint dies

einleuchtend angesichts des völkerrechtswidrigen Krieges, den Putin gegen die Ukraine führt, oder sogar zwingend geboten. Aber es lässt auch viele von uns ratlos zurück und wirft neue Fragen auf.“

Weiter bezeichnen die Autoren die „Entsendung von 1.000 Panzerabwehrwaffen sowie 500 Boden-Luft-Raketen vom Typ »Stinger« an die Ukraine“ als „vielleicht nachvollziehbar“.

Zu weiteren Waffenlieferungen nehmen die Autoren hier keine Stellung. Zugegebener Weise war dies zum damaligen Zeitpunkt auch noch nicht derart Bestandteil des öffentlichen Diskurses wie später. Außerdem thematisiert die Initiative die Befürchtung, durch Waffenlieferungen eigene Glaubwürdigkeit bei der Vermittlung zwischen den Kriegsparteien zu verlieren. Dabei ist wirklich fraglich, welchen Wert diese Glaubwürdigkeit wohl hat, wenn ohne westliche Waffenlieferungen eine der beiden Verhandlungsparteien, nämlich jene, die sich vor einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verteidigt, gar nicht mehr existieren würde [10]. Es ist schön eine gute Verhandlungsposition zu haben. Schade nur, dass es nichts mehr gäbe worüber man verhandeln könnte. Um das klar zu stellen: Ohne westliche Militärhilfen hätten die ukrainischen Menschen längst ihre Freiheit verloren. Keine ukrainische Frau wäre sicher vor russischen Vergewaltigern und Präsident Selenskyj säße in irgendeinem sibirischen Foltergefängnis – wenn er denn noch leben würde. Damit soll keinesfalls das Leiden des Krieges vergessen werden. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass ein Sieg Russlands kein Ende des Leids bedeuten würde. Es wäre nur ein neuer Anfang und würde Putin Tür und Tor für weitere Angriffskriege gegen osteuropäische Staaten öffnen. Dass man durch Waffenlieferungen einen Gesprächskanal gefährden könnte, mag nicht gänzlich falsch sein. Doch ohne Waffenlieferungen gäbe es keine Ukraine mehr, die verhandeln könnte. Auch ist fakt, dass es keinen stichhaltigen Anhaltspunkt dafür gibt, dass der Westen irgendwelche Gesprächskanäle geschlossen hätte. [11] Ja, Bundeskanzler Scholz und Präsident Macron telefonieren nicht mehr wie kurz vor dem Krieg gefühlt jeden Tag mit Putin. Aber wer ganz im Ernst glaubt, dass Scholz Putin wegdrücken würde, wenn er ihn anruft, der sollte sich nochmal überlegen, wer noch kurz vor Kriegsbeginn nach Russland gereist war und sich auf demütigende Weise an einen viel zu langen Tisch setzen ließ. [12] Auch gab es Gespräche beim letzten G20-Gipfel [13] und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch hinter den Kulissen. Um gar nicht erst diverse Verhandlungen über türkische [14] oder israelische [15] Vermittler zu erwähnen.

3. Gescheiterte westliche Diplomatie?

Auf Seite 12 des Dokuments zollt die Initiative den diplomatischen Versuchen der Bundesregierung bis zum Kriegsbeginn, die „mangels Einsicht in eigene Beiträge zur Konflikteskalation und mangels eigener möglicher weitergehender Verhandlungsangebote“ gescheitert seien, Respekt. Zu den „weitergehenden Verhandlungsangebote[n]“, also dem Gesprächskanal, wurde vorstehend bereits Stellung bezogen. Ach wird die Forderung nach Gesprächen nicht konkretisiert. Ob sich die Initiative vorstellt, dass sich der Kanzler jeden Freitagabend in einen Sessel setzt und bei Tee und Weihnachtsgepäck einen freundlichen Brief schreibt, in dem er Putin klar macht, wie gerne er sich mit ihm unterhalten würde, oder ob sich die Autoren vielmehr wünschen, dass Kanzler Scholz seinen Einfluss auf Selenskyj nutzt, um diesen zur Kapitulation zu zwingen, obliegt dabei der wohlwollenden Interpretation des Lesers. Wer Diplomatie als Lösung sieht und behauptet, die westliche Diplomatie sei aufgrund eigener Fehler gescheitert, kann dies nicht tun, ohne ein vermeintlich besseres Alternativverhalten klar zu benennen. Und wer impliziert, der Westen müsse die Ukraine zur Kapitulation oder zum Waffenstillstand zwingen, untergräbt nichts anderes als das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die Behauptung, eine Verhinderung des Krieges sei gescheitert, weil es an der „Einsicht in [die] eigenen Beiträge zur Konflikteskalation“ gemangelt habe, differenziert unzureichend zwischen der bloßen historischen Abfolge von Ereignissen und dem tatsächlichen Willen der politischen Akteure. Ob sich Putin von dem Angriffskrieg noch hätte abbringen lassen, ist mehr als fraglich. Er begründet ihn u.A. mit einem historischen Anspruch und unterliegt ganz eindeutig einem Größenwahn⁹, der noch aus

UdSSR-Zeiten zu stammen scheint. Vor diesem Hintergrund wirkt die vorstehende Aussage der Initiative geradezu prophetisch.

Die Initiative argumentiert bezgl. des Sondervermögens wie folgt: Sie stellt die Behauptung rund um die gescheiterte Diplomatie zunächst in den Raum, stellt dann den historischen Geschehensverlauf seit Zerfall der UdSSR bis zur Eskalation im Jahr 2022 dar, um sich dann gegen das Sondervermögen i.H.v. 100 Milliarden Euro auszusprechen. Es ist nicht nur schwer nachzuvollziehen, was genau der dargestellte Verlauf der Historie mit dem Sondervermögen zu tun haben soll. Gleichzeitig kann diese Art der Argumentation nur so verstanden werden, dass die Initiative Aufrüstung lediglich als weitere Eskalationsstufe begreift – in der Sache vertretbar. Allerdings wird gar nicht erst versucht einen Sinn hinter dem Sondervermögen und der Kraftanstrengung der Bundesregierung insgesamt zu sehen. Eine konkrete Gefahr für einen russischen Angriff auf ein NATO-Mitgliedsstaat wird überhaupt nicht für möglich gehalten. Ganz getraut den FAQ: Wer sollte die NATO schon angreifen... Russland doch nicht! Erhöhte Militärausgaben lehnt die Initiative also, so wie deutsche Militärausgaben im allgemeinen, ab (Stichwort: Wir können uns ja auf die Abschreckung der anderen NATO-Staaten verlassen).

4. Scholz im Sog des Krieges und Geschichtsabi

Im Einzelnen: Die Initiative sorgt sich darum, dass die Regierung „im Sog des Krieges wichtige Lehren aus der Konfliktgeschichte [...] über Bord“ werfen könnte. Naja, wir können uns sicher alle Olaf Scholz mit Schaum vor dem Mund und roten Augen vorstellen, wie er den ganzen Tag nichts anderes tut, als im Sog des Krieges einen Grund zu suchen endlich Russland den Krieg erklären zu können – absurd. [\[16\]](#)

Auch stört sich die Initiative daran, dass die Russlandpolitik der vergangenen Jahrzehnte von manchen wohl als „naiv“ bezeichnet worden wären. Das bezeichnet sie wiederum als „geschichtsvergessen“ und Diskreditierung von „wissenschaftlich begründete[r] Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie sich aus den [...] Weltkriege[n] sowie [dem] Kalten Krieg entwickelt hatte“.

Der Versuch diplomatische Lösungen für die Probleme mit Russland herbeizuführen war sicherlich nicht naiv, sondern einen Versuch wert. Dagegen wirkt die ehemalige Gleichgültigkeit gegenüber den miserablen Zuständen der Bundeswehr in der Retrospektive durchaus „naiv“. Es ist immer schwierig direkt Lehren aus der Geschichte auf einen konkreten Sachverhalt anwenden zu wollen, aber bitte: Wer etwa die Weltkriege und damit auch den zweiten Weltkrieg selber ins Spiel bringt, muss sich an seinen Lehren messen lassen. So kann eigentlich jeder Abiturient, der zeitweise den Geschichtsunterricht besucht hat, sagen, welchen fatalen Fehler die Alliierten noch vor dem Ausbruch des Krieges machten: Sie hielten den Krieg nicht für möglich. Die Franzosen wurden überrannt und waren nach knapp drei Wochen gezwungen zu kapitulieren. [\[17\]](#) Die Briten waren schlicht und ergreifend nicht kriegsbereit, wobei sie sich die drohende Gefahr weitestgehend schön redeten [\[18\]](#) und die USA schauten zunächst weg, unwillig amerikanische Leben zu riskieren. Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs sind ein Paradebeispiel dafür, wie größte diplomatische Mühen und enorme Zugeständnisse an den Aggressor, obwohl dessen Interessen nicht berechtigt waren, einen Krieg nicht verhindern, sondern dafür wie das Vertrauen in die Diplomatie einen ganzen Kontinent blind für das unausweichliche machen kann. Diplomatie ist niemals falsch, doch genauso wenig ist sie eine Garantie. Größte Menschheitsverbrechen fanden im Schatten des zweiten Weltkriegs statt. Und so ist dieser auch ein Beispiel dafür, dass grausame Waffen manchmal in der Lage gewesen wären, noch grausameres zu verhindern. Adolf Hitler war ein Größenwahnsinniger, ideologischer Fanatiker, der sich sicherlich nicht mit Argumenten überzeugen ließ. Vor dem Hintergrund dieser Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg erscheint Abrüstung im Zeichen von gegenwärtiger Bedrohung als – man kann es nicht anders sagen – „naiv“ und „geschichtsvergessen“. Wie bereits angesprochen ist es zumeist wenig zielführend seine Argumente aus der Vergangenheit zu fischen und Geschichtsvergleiche anzustellen. Allerdings müssen sich jene, die nicht müde werden Erkenntnisse aus der Forschung zu „Afghanistan und Mali“ zu rezitieren, auch die Gegenbeispiele vor Augen führen lassen (vgl. insb. S. 31 unten).

5. Machtpolitik überdenken statt vor Bedrohung schützen, unberechtigte Interessen

Weiter beschreiben die Autoren die Angst, vor der Abkehr von allgemeiner Rücksichtnahme in der internationalen Politik, generalisiertem Misstrauen, einem Ende der Diplomatie und zunehmenden Konfrontationen. Auch zählen sie eine Reihe von Problemen auf, die sich nicht mit militärischen Mitteln bewältigen lassen. Inwiefern das wiederum das Problem löst, das in der Überschrift thematisiert wird, nämlich den russischen Angriffskrieg, ist leider nicht ersichtlich.

Die Autoren führen aus: „Militärische Gewaltanwendung entwickelt fast immer eine gefährliche Eigendynamik, der Drang zur Eskalation hängt mit der martialischen »Natur« der Waffen und den Irrationalismen derer zusammen, die sie einsetzen“.

Auch dabei handelt es sich wohl um eine inhaltlich vertretbare Analyse der Realität. Interessant ist dann allerdings wiederum die daraus resultierende, realitätsferne Schlussfolgerung: In einer Situation der Bedrohung nicht Aufrüsten, bzw. durch Waffenlieferungen aber ausbleibende Investitionen de facto Abrüsten. Wie bereits betont, soll Abrüstung als langfristiger Garant für Frieden nicht in Frage gestellt werden. Doch - was die Initiative gerne nicht dabei erwähnt - ist, dass Abrüstung nur gelingen kann, wenn alle Seiten abrüsten. An dieser Stelle sei auf die massiven Erhöhungen der Militärausgaben Seitens Russland und Chinas hingewiesen. Auch wird die konkrete Bedrohungslage unterschätzt. In Zeiten, in denen Deutschland über so wenig Munition verfügt, dass manch ein Waffensystem „bereits nach drei Tagen leergeschossen“ wäre, kann von Abrüstung wohl kaum die Rede sein.^[19] In diesem Sinne: Lieber eine gefährliche Eigendynamik riskieren als im Zweifel gar keine Dynamik mehr.

Als Lösungsvorschlag für den Ukraine-Krieg und Handlungsempfehlung an Stelle des Sondervermögens, so muss man den Text im Kontext des Titels und der Unterüberschrift verstehen, rät die Initiative zum Überdenken der gegenwärtigen Herrschafts- und Machtpolitik, betont die Gefahr aufstrebender Nationalismen und verweist darauf, dass „militär-basiertes Großmachtstreben auch den liberalen Demokratien“ nicht fremd sei. „Die immens hohen Militärbudgets und die damit verbundenen Strategien der großen NATO-Staaten (Nuklearstrategien inklusive), allen voran der USA, sprechen eine klare Sprache“.

In keiner Weise werden diese Gedanken die jetzige russischen Gefahr beenden. Richtig ist, dass die Ursache aller Konflikte auf der gesamten Welt sozio-ökonomischer Natur sind und meist komplexe Hintergrundgeschichten haben. Zutreffend ist auch, dass der Westen langfristig abrüsten wird. Aus dieser schlichten wissenschaftlichen Erkenntnis leitet sich allerdings nicht ab, wie mit einer bestehenden Krise umzugehen ist. Langfristig muss es das Ziel sein, soziale Ungleichheit auf der gesamten Welt auszurotten. Russland ist allerdings ein verhältnismäßig entwickeltes Land und es ist nicht ersichtlich, wie der Westen durch Überdenken seiner Herrschafts- und Machtpolitik kurzfristig Frieden in der Ukraine herbeiführen soll – geschweige denn uns vor einem russischen Angriff schützen soll. Das Überdenken von weltweiten Machtstrukturen und der Benachteiligung von Milliarden Menschen im sog. globalen Süden kann gewiss zukünftige Kriege verhindern und ist daher unausweichlich. Doch dies hat leider nichts mit Russland, das selber Kolonialmacht war und derzeit alles daran setzt afrikanische Staaten von sich abhängig zu machen, zu tun.

Natürlich kann man die der Ukraine in Aussicht gestellte NATO-Mitgliedschaft als „Machtpolitik“ begreifen. Das klingt allerdings verdächtig nach genau der „militär-basierten“ Sichtweise, die doch gerade so abgelehnt wird. Ein Völkerrechtler würde wohl eher sagen, dass es einem Souveränen Staat frei steht sich multinationalen Vereinigungen anzuschließen, wie er will. Außerdem würde er betonen, dass das Völkerrecht so etwas wie Machtsphären nicht kennt. Dahingehend differenzieren die Autoren unzureichend zwischen den Interessen Russlands und den berechtigten Interessen Russlands. Zwar stellen sie klar, dass nichts den Angriffskrieg rechtfertigt, schreiben aber umso fleißiger (im Grunde das gesamte Dokument hindurch) wie Groß die Schuld ist, die eben auch der Westen an der Eskalation trägt, etwa auf Seite 14 Absatz 6:

„Wladimir Putin hat seit seiner Rede im Deutschen Bundestag 2001 mehrfach und immer deutlicher betont, dass die zunehmende NATO-Osterweiterung eine rote Linie für die Sicherheitsinteressen Russlands berühre. So warnte er bei seiner Brandrede 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Nato bereits sehr klar, weiter Richtung Osten zu rücken.“

Wie bereits dargestellt, handelt es sich dabei um ein (völkerrechtlich) unberechtigtes Interesse Seitens Russland. Zu allem Überfluss handelt es sich bei der NATO, das darf man nicht vergessen, um ein Defensivbündnis. Davon kann man sich ausschließlich bedroht fühlen, wenn man plant jemanden anzugreifen. Um dem Gedankengang der Initiative aber weiter zu Folgen: EU und NATO hätten also einem souveränen Staat, dessen Bevölkerung mehrheitlich dem Westen zugewandt war²⁰, intensivere Beziehungen verwehren sollen, weil sich sonst ein Dritter in seinen unberechtigten Interessen verletzt sehe? Gut, dann machen wir das ab jetzt auch einfach so: Sorry an alle Bewerber für BRICS, ihr könnt da leider nicht beitreten, davon sieht sich der Westen in seinen Interessen gefährdet. Ach so, und wenn ihr Beitrittsverhandlungen aufnehmt, dann marschieren wir bei euch ein... Sollten die Bewerber-Staaten jetzt einfach den Kopf senken und von ihrem Vorhaben ablassen oder umso mehr auf einen Beitritt pochen? Sollten die BRICS-Staaten die Interessen des Westens berücksichtigen oder vielleicht doch lieber auf die Gültigkeit des Völkerrechts vertrauen? Die Antwort liegt auf der Hand. Und damit ist auf klar, weswegen es manchmal falsch ist, dass unberechtigte Interesse eines Drittstaates zu berücksichtigen.

6. Context is King

Im Allgemeinen werden auf den Seiten bis 12 bis 15 zahlreiche vermeintliche diplomatische Verfehlungen der EU und NATO aufgezählt. Konkrete russische Verfehlungen finden keine Erwähnungen. Vielmehr wird scheinbar bewusst Kontext weggelassen, wie hier:

„Auch der seit 2013 aufgebaute Druck der EU gegenüber der Ukraine, diese müsse sich zwischen einem Beitritt zur EU oder zur Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) mit Russland entscheiden, hat die Spannungen innerhalb der Ukraine und zwischen Russland und dem Westen zusätzlich erhöht [...]“.

Liest man entsprechende Berichte der Medien o.ä. bekommt man schnell den Eindruck, dass man der Vollständigkeit halber durchaus hätte erwähnen können, dass das von der ukrainischen Bevölkerung mehrheitlich gewollte Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine auf Druck seitens Russlands zunächst nicht geschlossen wurde, was wiederum in Massenprotesten und einem Sturz der ukrainischen Regierung mündete.^[20] Auch ist fraglich, ob man das bloße nennen von Fakten, nämlich die Tatsache, dass ein Land nicht Mitglied in zwei Freihandelszonen gleichzeitig sein kann (bzw. sein sollte), ein unter Druck setzen bedeutet. Die ökonomischen Gründe dafür, etwa das Umgehen von Zollschränken, liegen auf der Hand. Da Hilft es auch nicht, dass die Autoren Irland heranziehen, wo es nach dem Brexit ja auch ohne Zollschränken gehe. Denn dieser Punkt verliert schon dann seine Bedeutung, wenn man die jahrelangen Verhandlungen, den Rücktritt von Premierministerin Theresa May und vor allem die Tatsache, dass es zwischen Großbritannien und der EU ohnehin keine nennenswerten Zollgrenzen geben soll^[21], betrachtet. Und so zieht sich das durch die Seiten; ganz unabhängig davon, dass diese Analysen der Vergangenheit weder den Ukraine-Krieg beenden werden, noch dass sie die NATO und insbesondere den Balkan vor einem russischen Angriff schützen – etwas das erhöhte Militärausgaben der Friedensstrategie voraus haben.

7. Fraglicher Bewertungsmaßstab

Zurück auf den Seiten 30 bis 33 warnen die Autoren vor einer Aufteilung der Welt in „Gut und Böse“ und heben globale Krisen hervor, die man nur gemeinsam bekämpfen könne. Inhaltlich nicht falsch, hilft aber auch nicht bei der gegenwärtigen Bedrohungslage. Die Autoren kommen zu dem Schluss:

„Die zentralen Botschaften der Regierungserklärung von Olaf Scholz vom 27. Februar 2022 müssen sich also dreifach fragen lassen: Sind sie tragfähig hinsichtlich einer Deeskalation der akuten

Kriegssituation, der Schaffung neuer Voraussetzungen für eine europäische Friedensordnung, und eines deutschen Beitrages für eine gerechte internationale Klimapolitik der Zukunft?"

Alternativ ließe sich auf fragen: Sorgen die Investitionen dafür, dass Deutschland nicht mehr die anderen NATO-Staaten die Drecksarbeit machen lassen muss? Kann Deutschland einen Beitrag zur Wahrung der Souveränität insbesondere der osteuropäischen Länder leisten? Können die Investitionen die Enormen Leistungen an die Ukraine ausgleichen und auch für die Zukunft auch weiter sichern? Die Beantwortung dieser Fragen sei an dieser Stelle dem wohlwollenden Leser überlassen.

IV. Impulspapier Nr. 4

1. Einführung

Nun zum anfänglich erwähnten und angekündigten Dokument vom 20.01.2023, namentlich Sicherheits-Strategien neu denken / Gewalt stoppen und überwinden! / In Israel und Palästina. / In der Ukraine. / Global. (Impulspapier Nr. 4). Bereits mit dem Titel wird der Bezug zum Nahost-Konflikt und dem Ukraine-Krieg deutlich. Die Initiative lässt ihre Ideen also bewusst auch an diesen beiden Krisen messen – schade nur, dass diese Themen aus dem Titel und damit auch die Kritik von der zweiten Delegiertenkonferenz des Jahres 2023 doch recht kurz kommen.

2. Die Seiten 6 bis 10

Tatsächlich werden sie zumindest auf den Seiten 6 und 7 thematisiert. Auch hier finden sich wieder viele Begründungen dafür, dass die Sachen sind, wie sie sind. Auch dieses Mal sind sie nicht ganz unstrittig.

Sinngemäß: Eine hochgerüstete Armee konnte Israel auch nicht schützen. Stimmt, es hätte allerdings schon geholfen, wenn man Anzeichen eines Angriffs ernst genommen hätte^[22] oder sich von vermeintlicher Zurückhaltung der Hamas nicht hätte täuschen lassen.^[23] Die Ermittlungen dazu werden wohl noch lange andauern. Schade nur, dass die Initiative diesen Kontext weglässt und stattdessen versucht, die Wirkung militärischer Verteidigung in Frage zu stellen, wo sie doch anerkennt, dass Deutschland vom militärischen Abschreckungspotential der NATO profitiert.

Interessant ist auch, dass die Verfehlungen Russlands nicht mehr als 6 Zeilen einnehmen, während die Verfehlungen der Ukraine und des Westens Sage und Schreibe 65 Zeilen umfasst. Und das nur auf Seite 7. Auf den anderen Seiten sieht es eher noch schlechter aus. Erneut wird der vermeintliche Druck durch die EU 2013 erwähnt. U.a. seien die USA übrigens auch schuld am Aufrüsten Chinas (das machen die Chinesen natürlich nur, weil sie sich bedroht fühlen und nicht weil sie ihre Interessen in Zukunft nicht mehr nur durch das Bestechen australischer Parlamentarier^[24] sondern auch mit Waffengewalt durchsetzen und sich Taiwan einverleiben wollen). Auch hätten US-Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien etwas mit der Eskalation zu tun.

Die Forderungen auf den Seiten 9 und 10 nach einem sofortigen Waffenstillstand auf beiden Seiten im Gaza-Konflikt sind gut vertretbar. Dabei ist allerdings wichtig zu unterscheiden, dass sich beim Ukraine-Krieg der Angegriffene auf seinem eigenen Staatsgebiet vor einer Invasion verteidigt. Im Gaza-Konflikt hatte Israel den Aggressor binnen weniger Tage vertrieben und griff anschließend eben diesen Aggressor an – mit erheblichen Verlusten in der Zivilbevölkerung. Das ist ein unerträglicher Zustand. Hier wäre wirklich eine langfristige Friedensstrategie gefragt.

3. Die Seiten 17 und 30

Zur Ukraine wiederum schreibt die Initiative auf Seite 17:

„Entsprechend der UN-Charta hat die Ukraine das völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung, andere Staaten können ihr militärisch beistehen. Es stellt sich jedoch zunehmend die Frage, ob dies angesichts des großen menschlichen Leids, der massiven Zerstörungen, Verwüstungen und Eskalationsgefahren verhältnismäßig und zielführend ist.“

Gut, dass wir das geklärt haben. Ein autoritärer Staat braucht also einfach nur möglichst dreist, brutal und langwierig ein anderes Land überfallen. Irgendwann ist es dann schlicht nicht mehr „verhältnismäßig und zielführend“ für dieses Land zu kämpfen. Sorry an alle Ukrainer*innen, aber eure Freiheitsrechte, euer Recht auf Unabhängigkeit, im Grunde das ganze Völkerrecht stehen einfach in keinem Verhältnis zu unseren moralischen Bedenken die Drecksarbeit zu machen oder zur Sorge, dass wir es uns vielleicht mit Russland verscherzen. Und die brauchen wir ja unbedingt für die globalen Herausforderungen und eine langfristige Friedensstruktur. Pech gehabt! Etwas Zugespitzter formuliert: Liebe Ukrainer*innen, euer Leid passt im Moment nicht in unser friedenspolitisches Idealbild. Keine Frage: Das Leid des Krieges ist unermesslich. Aber es ist unser aller Pflicht als Demokrat*innen ein freies Land so lange in die Lage zu versetzen von seinem Recht auf Verteidigung gebrauch zu machen, wie selber gewillt ist, sich zu verteidigen.

Weiter schreibt die Initiative:

„Das Selbstverteidigungsrecht ist in der UN-Charta und den Resolutionen der UN-Generalversammlung zudem mit einer Pflicht zu gleichzeitigen Verhandlungsbemühungen verbunden. Die dichotomische Konfliktbetrachtung – entweder einen Verteidigungskrieg führen oder sich unterwerfen – führt regelmäßig in die Eskalation. [...]“

Damit wird impliziert, dass die Ukraine ihren Verpflichtungen zur Gesprächsbereitschaft gerade nicht nachkomme. Diese These, die besonders gerne von weit rechts- sowie weit linksstehenden Personen verbreitet wird, ist, wie bereits oben gezeigt, falsch. Zumindest bedarf sie des obigen Kontextes, um die tatsächliche Realität abzubilden. Und auch wird impliziert, dass die Ukraine humane Konfliktlösungsmöglichkeiten ausblenden würde, aufgrund einer „dichotomischen Konfliktbetrachtung“. Dem möge man höflichst entgegen, dass die Ukraine tatsächlich von Russland unterworfen worden wäre, wenn sie sich nicht verteidigt hätte. Und auch wäre sie ohne westliche Waffenlieferungen längst untergegangen. Es ist schön zu sehen, dass die Autoren ihr tiefes Mitgefühl für das Leid in der Ukraine aussprechen und immer wieder den Abstand zur westlichen Perspektive suchen und dennoch: Der Vorwurf die Verteidigung der Ukraine sei nicht zielführend und man übersehe friedensstiftende Handlungsoptionen ist – man kann es nicht anders sagen – pure westliche Arroganz. Getreu dem Motto: Die Deutschen erklären der Welt wie Frieden funktioniert. Eine Unverschämtheit.

Auf Seite 30 kritisiert die Initiative den geplanten NATO-Beitritt der Staaten Schweden und Norwegen wie folgt:

„Zurzeit bestimmt neben der UNO de facto die NATO als größtes militärisches Bündnis die weltweite Sicherheitsordnung. In der herkömmlichen militärischen Sicherheitslogik sind die Beitritte Schwedens und Finnlands zur NATO infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine folgerichtig. Man erhofft sich damit – wie bei allen bisherigen Beitritten – mehr Sicherheit vor militärischen Angriffen von außen. Allerdings erhöht jeder weitere Beitritt von Ländern zur NATO die Kriegsgefahr für alle Länder, die zwischen der NATO und Russland liegen. [...]“

Das klingt zwar erstmal logisch, hält einer näheren Betrachtung aber nicht stand. Der Beitritt zu einem Defensivbündnis ist und bleibt keine Bedrohung. Auch kann und darf es – wie bereits dargestellt – nicht Schule machen, dass Länder ihr Handeln nach unberechtigten Interessen von Drittstaaten ausrichten. Zuletzt ist wiederum nicht ersichtlich, inwiefern sich Russland von Ländern bedroht sehen sollte, die eben nicht Teil der NATO sind, ob sich diese nun erweitert oder nicht.

V. Position der EJR

Die Delegiertenkonferenz der evangelischen Jugend im Rheinland fordert in ihrem 2. Beschluss von der Frühjahrskonferenz 2023 (11./12. März), namentlich „„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!“ / Zur Friedensarbeit der EJR anlässlich des Krieges in der Ukraine“, ausdrücklich Russland dazu auf, „sein Militär zurückzuziehen, um einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu ermöglichen“. Bei

diesem Wortlaut handelt es sich um einen hart errungenen Kompromiss, dessen inhaltliche Bedeutung daher nicht unterschätzt werden sollte. So nennt er nämlich einen Rückzug der russischen Truppen als Voraussetzung, um einen Waffenstillstand oder Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Die Initiative wiederum sieht den Westen in der Hauptverantwortung sich nach vermeintlichen diplomatischen Verfehlungen nun umso mehr diplomatisch zu bemühen, ohne dies in irgendeiner Form durch einen militärischen Rückzug Russlands zu bedingen.

Auch „beträchtigt [die EJR] das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine“, ist sich bei der Form der Unterstützung aber uneins. Die Initiative wiederum schreibt:

„Entsprechend der UN-Charta hat die Ukraine das völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung, andere Staaten können ihr militärisch beistehen. [!Absatz!] Es stellt sich jedoch zunehmend die Frage, ob dies angesichts des großen menschlichen Leids, der massiven Zerstörungen, Verwüstungen und Eskalationsgefahren verhältnismäßig und zielführend ist.“

Diese Äußerung ist missverständlich, mindestens aber unkonkret. Wer so lange Dokumente veröffentlicht, sollte an dieser Stelle ein wenig Zeit mitbringen und scharf trennen. Insb. der Absatz lässt es nämlich so klingen, als sei der Inhalt des gesamten vorstehenden Satzes unverhältnismäßig und nicht zielführend. Und das beinhaltet das völkerrechtlich verbiefte Selbstverteidigungsrecht, für das sich die EJR explizit ausgesprochen hat.

Außerdem stellt die EJR fest: „Die friedensethischen Überzeugungen der Evangelischen Jugend werden vor dem Hintergrund der beispiellosen Aggression Russlands tief erschüttert. [...] [W]ir [müssen] aktuell eine friedensethische Orientierungslosigkeit und friedenspraktische Hilflosigkeit konstatieren, die uns herausfordert. Eine kritische Reflexion unserer bisherigen Arbeit und Angebote sowie mehr mutiges vorwärtsgewandtes Engagement müssen Hand in Hand gehen.“

Die EJR bekennt sich also zu friedensethischer Orientierungslosigkeit und friedenspraktischer Hilflosigkeit und verpflichtet sich zu einer kritischen Reflexion. Diese kann gerade nicht darin bestehen eine Initiative zu unterstützen, die die gleichen friedensethischen Grundsätze vertritt wie die Kirche schon seit Jahrzehnten.

Die Evangelische Jugend im Rheinland hat in einem Beschluss Grundsatzäußerungen getätigt, die dem Tonus der Initiative im Kern widersprechen. Sie hat sich einen Reflexionsprozess auferlegt, der ein „weiter so“ verbietet. Sofern sich diese Delegiertenkonferenz als Entscheidungsgremium ernst nimmt, muss sie sich am ausdrücklichen Wortlaut ihrer Beschlüsse festhalten lassen. Zudem ist der Vorstand gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 Alt. 1 der Ordnung der Evangelischen Jugendarbeit im Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland zur Ausführung von Beschlüssen verpflichtet. Richtig ist zwar, dass der thematisierte Beschluss auch die Unterstützung der Initiative vorschlägt. Dies jedoch dürfte vielmehr auf die Ermangelung ausreichender, entscheidungsrelevanter Informationen der Delegierten zurückzuführen sein, als auf die inhaltliche Stärke der Impulspapiere. Weiter hatte die Initiative zum Zeitpunkt des Beschlusses ihr viertes Impulspapier noch nicht veröffentlicht, womit sich die Sachlage heute anders darstellt. Demgegenüber waren die inhaltlichen Aussagen vom Anfang des Beschlusses für die Delegierten klar zu verstehen. Vor dem Hintergrund des in sich widersprüchlichen Beschlusses erscheint die Unterstützung der Initiative sowie deren Empfehlung ohne vorherige, vollumfängliche Prüfung oder einen hinreichend eindeutigen Beschluss verantwortungslos.

VI. Fazit

Zuletzt seien nun einmal zwei Stellen aus Seite 33 des Impulspapieres Nr. 4 zitiert:

„[1] Zur Beendigung von Kriegen wie in der Ukraine benötigen wir einen Bewusstseinswandel hin zu ziviler und gemeinsamer Sicherheitspolitik bis hin zur Umsetzung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags und der Einübung Sozialer Verteidigung.“

[...]

[2] Ähnlich und anders als nach 1990 können wir auch aus dem Ukraine-Krieg heraus zu nachhaltigen neuen internationalen Abrüstungsvereinbarungen gelangen, wenn es uns gelingt, die internationalen Beziehungen auf Augenhöhe, also ohne Sieger oder Verlierermentalität, sondern selbstbewusst und gewaltmindernd zu gestalten.“

Diese beiden Zitate sind ein Musterbeispiel für das Problem der Initiative „Sicherheit neu denken“ und leiten damit hervorragend zum Fazit über. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Initiative vier solcher Impulspapiere veröffentlicht hat, von denen zwei hier gänzlich unthematisiert blieben. Auch beschäftigen sich die Dokumente mit bei weitem mehr Themen, als hier angesprochen. Es wurden bewusst kritische Punkte herausgesucht. Die Initiative analysiert abstrakt im Allgemeinen mit beachtlicher, wissenschaftlicher Fundiertheit und versucht große Zusammenhänge zu ziehen, wobei sozioökonomische Problematiken und der Klimawandel nicht zu kurz kommen. Dies ist für die Entwicklung einer langfristigen Friedensstrategie, wie sie die Welt dringend braucht, unerlässlich. Somit trifft das zweite der beiden letzten Zitate genau ins Schwarze. Nach Ende des gewaltsamen Konflikts, wird es dringend Zeit, dass die wertvollen Gedanken jahrzehntelanger Konfliktforschung Einzug in die internationale Außen- und Friedenspolitik finden. Vor diesem Hintergrund wäre es naiv eine Kooperation mit der Initiative grundsätzlich und schon nach dieser sicherlich auch streitbaren Begründung auszuschließen.

Die Probleme beginnen beim ersten der beiden Zitate: Es sagt nicht weniger aus, als dass sich Kriege wie der Ukraine-Krieg durch die Friedensstrategie der Initiative beenden ließen. Doch genau daran scheitert die Friedensstrategie. Sie ist nicht in der Lage aus der bestehenden Ausgangsposition heraus die gewünschten Ergebnisse hervorzubringen. Nochmal zusammengefasst: Die Autoren fanden (Defensiv-)Waffenlieferung zu Beginn des Konflikts „vielleicht“ nachvollziehbar, erachten sie (sowie ggf. das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine als solches) mittlerweile aber nicht mehr als „verhältnismäßig und zielführend“. Man möchte schon lieber auf der moralisch richtigen Seite stehen, während man die anderen NATO-Staaten die „Drecksarbeit“ machen lässt und selber vom abschreckungspotential des Bündnisses profitiert. Man hat in der Vergangenheit die Möglichkeit einer russischen Aggression unterschätzt und tut es – zumindest laut FAQ – weiterhin. Man unterstellt dem Westen Gesprächskanäle abubrechen und der Ukraine ihren Pflichten zur Bemühung um Verhandlungen nicht nachzukommen. Einen Beleg für diese Aussagen, dass es nicht vielmehr Russland war, das sich selbst in diese Position brachte, bleiben die Autoren schuldig. Man stellt den historischen Werdegang bis zur Konflikteskalation dar und meint, durch eine Aufarbeitung und die Abkehr von der bestehenden Machtpolitik, ließe sich der Krieg beenden. Und man legt die Geschichte in Teilen zu Gunsten Russlands aus (z.B. vermeintlicher Druck der EU 2013).

Tatsächlich aber würde die Ukraine ohne westliche Waffenlieferungen nicht mehr existieren. Kein Mensch wäre dort mehr frei. Die Russische Föderation würde eine ganze Kultur vernichten. Bei den gegenwärtigen Kriegsverbrechen Russlands will man sich gar nicht ausmalen, was Putin mit der Zivilbevölkerung anstellen würde. Ob nun Vergewaltigungen oder Kindesentführung – Putin scheint jedes Mittel Recht, um den Willen der Ukrainer*innen zu brechen. Waffenlieferungen sind daher unerlässlich. Gleichzeitig bedeuten Waffenlieferungen ohne Investitionen ins Militär de facto eine Abrüstung. Nicht nur müssen wir garantieren, dass die Ukraine weiterhin verteidigungsfähig bleibt, auch ist der deutsche Staat der Sicherheit der Bundesbürger*innen verpflichtet. Vor dem Hintergrund eines russischen Präsidenten, der aus seinem ideologischen Wahn nicht mehr herausfindet, einer möglichen Wiederwahl Trumps und einer desaströs ausgestatteten Bundeswehr ist der Staat in der Pflicht seiner Sicherheitsgarantie nachzukommen. Im Zweifel darf er nicht gezwungen sein, seine Bürger*innen als Kanonenfutter an die Front zu schicken, sondern muss bestmögliche Ausrüstung garantieren. Wer die Bedrohungslage erkennt ist – man kann es nicht anders sagen – geschichtsvergessen.

Stattdessen wird vorgeschlagen Machtpolitik und den historischen Werdegang zu reflektieren. Man hätte die russischen Interessen beachten müssen. Abrüstung scheint der Weg zu sein. Ja, dies wird – wie bereits betont – langfristig unausweichlich sein. Doch es ist Fakt, dass es Situationen gibt, in denen sich Menschen nicht mit rationalen Argumenten überzeugen lassen. Ein solches Signal der Schwäche hätte im Ergebnis kurzfristig nur eine Folge: Die Gefährdung unserer aller Freiheit.

Zuletzt noch eine eher nebensächliche Anmerkung: Das Verhalten von militärischen Streitkräften ist keine einfache Entscheidung von irgendwelchen "kriegstreiberischen" Politikern. Vielmehr kommt die Bundesregierung den Verpflichtungen aus Art. 87a Abs. 1 des Grundgesetzes nach. Dieser ließe sich ausschließlich mit einer Zweidrittelmehrheit abschaffen. Zudem – und das ist noch um einiges Interessanter – gibt es die streitige Ansicht, aus den Grundrechten und insb. Art. 1 und 20 (das sind diejenigen mit Ewigkeitsgarantie) ein abstraktes Recht auf militärische Sicherheit herzuleiten, dass sich ggf. sogar individuell als Anspruch geltend machen lassen könnte. Das ist allerdings zugegebenermaßen alles spekulativ. Als Vorbild dienen die jüngsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, in denen einzelnen Rechtssubjekte tatsächlich ein individuelles Recht auf Klimaschutz zugestanden wurde, da dadurch die Grundrechte zu einem späteren Zeitpunkt geschützt würden. Dieser Argumentation zu Folge, wäre ein individuelles Recht auf militärische Verteidigung, sofern nicht auch alle anderen Staaten ihr Militär aufgeben würden, durchaus denkbar. Insoweit könnten die Pläne der Initiative verfassungswidrig sein, selbst wenn man Art. 87a Abs. 1 GG ändern würde. Hierzu empfehle ich einen interessanten Beitrag des RA Dr. Patrick Heinemann vom 04. Januar 2024 (<https://verfassungsblog.de/ein-grundrecht-auf-verteidigung/>).

Unter Bezugnahme aller vorstehender Argumente und vor dem Hintergrund gegenwärtiger Bedrohungslagen muss der Evangelischen Kirche im Rheinland dringend nahegelegt werden, die Initiative „Sicherheit neu denken“ antragsgemäß kritisch zu untersuchen, soweit sie Kooperationen erwägt, und ihre Unterstützungsempfehlung zurückzuziehen.

[1] Die Tagesschau am 26.10.2023: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-etat-militaer-100.html>

[2] Die DW (Deutsche Welle) am 21.07.2016: <https://www.dw.com/de/donald-trump-stellt-nato-b%C3%BCndnistreue-der-usa-infrage/a-19416136>

[3] Das Handelsblatt am 15.01.2024: <https://www.handelsblatt.com/politik/militaers-im-ranking-das-sind-2024-die-groessten-armeen-der-welt-/27058176.html>

[4] Statista am 02.01.2024 über die schlagkräftigsten Armeen Weltweit nach dem Global Firepower Index im Jahr 2023: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1334221/umfrage/ranking-der-militaermaechte-nach-global-firepower/>

[5] Der Deutschlandfunk am 24.01.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/angst-der-balten-vor-russland-schwieriger-nachbar-im-osten-100.html>

Die Tagesschau am 23.01.2024: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/usa-trump-europa-100.html>

[6] Hierzu etwa der MDR (Mitteldeutscher Rundfunk) am 20.04.2021 nach Meldungen von russischen Truppen, die an der ukrainischen Grenze zusammengezogen würden: <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/ukraine-russland-konflikt-donbass-100.html>

[7] Hierzu eine Analyse der BPB (Bundeszentrale für politische Bildung) vom 05.10.2023, in der die mediale Darstellung des Ukraine-Russland-Verhältnisses anhand von Talkshow-Gästen betrachtet wird. <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-289/541403/analyse-russlands-aggression-gegenueber-der-ukraine-in-den-deutschen-talkshows-2013-2023-eine-empirische-analyse-der-studiogaeste/>

[8] So schreibt die DW (Deutsche Welle) am 25.02.2022 <https://www.dw.com/de/putins-kriegsgr%C3%BCnde-im-faktencheck/a-60901735>

[9] Zu Putins Betrachtungsweise der ukrainischen Geschichte schreibt der WDR (Westdeutscher Rundfunk) am 23.02.2023 <https://www.swr.de/swr2/wissen/russland-und-die-ukraine-geschichte-eines-krieges-102.html>

[10] Der WDR (Westdeutscher Rundfunk) am 05.10.2023 über Bedeutung insbesondere der US-amerikanischen Waffenlieferungen für die Ukraine: <https://www1.wdr.de/ukraine-waffenlieferungen-usa100.html>

[11] Die Tagesschau am 25.02.2022: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-ukraine-verhandlungen-101.html>

Die Tagesschau am 28.02.2022: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-russland-verhandlungen-103.html>

Die Tagesschau am 17.02.2023: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ukraine-russland-frieden-101.html>

[12] Der SPIEGEL schrieb am 15.02.2022: <https://www.spiegel.de/ausland/treffen-mit-bundeskanzler-olaf-scholz-in-moskau-wladimir-putins-seltsame-tischsitten-a-178db783-92c3-4bd6-8c39-3aa121bab5b9>

[13] Der BR (Bayrischer Rundfunk) am 09.09.2023: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/g20-gipfel-einigung-auf-kompromiss-text-zu-ukraine-krieg,TpLz1WF>

[14] ZDFheute schrieb am 04.09.2023: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/putin-erdogan-treffen-ukraine-krieg-russland-100.html>

[15] Der Tagesspiegel schrieb am 06.03.2022: <https://www.tagesspiegel.de/politik/der-versuch-putin-von-noch-schlimmerem-abzuhalten-4315390.html>

[16] Als Beispiel die Deutsche Welle am 23.01.2023 über die Meinung des Kanzlers zu Leopard-Panzer-Lieferungen: <https://www.dw.com/de/warum-z%C3%B6gert-kanzler-olaf-scholz-bei-kampfpanzern/a-64490840> oder auch die taz über Marschflugkörper: <https://taz.de/Waffen-fuer-die-Ukraine/!5952125/>

[17] Die bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) am 30.04.2015 : <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/der-zweite-weltkrieg/200074/der-krieg-in-europa/>

[18] Bouverie, Tim: Mit Hitler reden, 2021

[19] DIE ZEIT am 23.03.2023: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-03/munition-knappheit-eu-industrie-ukraine-krieg>

[20] Die Landeszentrale für politische Bildung (lpb) Baden-Württemberg: <https://www.lpb-bw.de/ukraine-eu-nato>

[21] Hierzu die Europäische Kommission: https://taxation-customs.ec.europa.eu/united-kingdom_de

[22] Die Frankfurter Allgemeine am 28.10.2023: <https://www.faz.net/aktuell/israel-krieg/terrorangriff-der-amas-wurden-warnungen-ignoriert-19275029.html>

[23] ZDF heute am 10.10.2023: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-amas-angriff-planung-geheimdienst-100.html>

[24] Die Süddeutsche Zeitung (SZ) am 17.12.2017: <https://www.sueddeutsche.de/politik/china-der-lange-arm-peking-1.3793466>